

G20-Nachspiel Demonstration zum Rondenberg-Prozess



Aus Solidarität mit den fünf jungen Leuten, die wegen der Konfrontation am Rondenberg während des G20-Gipfels vor Gericht stehen, haben am Sonnabend 2.000 Menschen in der Innenstadt demonstriert. Die Polizei teilte den Protestzug in zwei Blöcke und begleitete ihn mit 900 Beamten. Ein Mann wurde vorläufig festgenommen, weil er eine Dose auf Polizisten geworfen haben soll. Der Verfassungsschutz hatte im Vorfeld gewarnt: Wer teilnehme, mache sich „mit gewaltorientierten Linksextremisten gemein“ Foto: Jannis Große

Freie Bahn für die Wissenschaft

In Hamburg sind jetzt mit staatlichem Geld erarbeitete Forschungsergebnisse frei im Internet nachzulesen. Doch dieses „Open-Access“-Modell ist durchaus umstritten

Von Paula Bäurich

Die Stadt Hamburg hat sich der Open-Science-Bewegung angeschlossen. Seit Anfang Oktober sind in Hamburg mit staatlichem Geld erarbeitete Forschungsergebnisse frei im Internet zugänglich – zu finden auf der Website des Programms „Hamburg Open Science“. Die Strategie wurde von den Hamburger Universitäten und Hochschulen in Zusammenarbeit mit der Staatsbibliothek (SUB) und der Wissenschaftsbehörde (BW-FGB) entwickelt. Für die Umsetzung stellte der Senat ab 2018 2,9 Millionen Euro bereit. Im Dezember endet die Förderung.

Die Umstellung der öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Publikationen auf Open Access gilt als ein Meilenstein auf dem Weg zur offenen Wissenschaft. Dabei ist die Diskussion darüber, ob und in welcher Form Open Access der richtige Weg ist, aktuell noch in vollem Gange. Denn im Zweifel kann die Strategie sogar zu einer Qualitätsminderung in der Wissenschaft führen.

Nach dem bisherigen Publikationsmodell reichen Forschende ihre Aufsätze bei Wissenschaftsverlagen ein. Dort werden sie von Redakteur*innen und anderen Wissenschaftler*innen auf ihren fachlichen Gehalt und ihre Veröffentlichungswürdigkeit hin geprüft. Je größer die Reputation der Zeitschrift, bei der ein Artikel landet, desto höher ist die öffentliche Aufmerksamkeit. Finanziert wird der Aufwand von den Abonnent*innen: Bibliotheken, Forschungsein-

richtungen, Unternehmen, aber auch Privatpersonen.

Nach dem neuen Open-Access-Modell müssen die Forschenden für die Kosten aufkommen. Wer in einer renommierten Zeitschrift publizieren will, wird viel Geld aufbringen müssen. Das setzt ein gutes Gehalt, am besten eine Professur voraus, oder eine Institution, die dafür aufkommt. Wer das Geld nicht hat, oder seinen Forschungsergebnissen nicht viel zutraut, kann zu einem Feld-

„Veröffentlichungen verbreiten sich deutlich schneller und weiter“

Dieter Scholz, HAW Hamburg

Wald-und-Wiesen-Verlag gehen oder in den Repositorien der Universitäten veröffentlichen – das ist auch ohne „peer review“, also die Prüfung durch Kolleg*innen, das heißt ohne Qualitätssicherung, möglich.

Einen Anstoß für die Open-Access-Bewegung gab die sogenannte Zeitschriftenkrise. „Viele Bibliotheken waren aufgrund der hohen Preise für den Zugang zu Zeitschriften und der gleichzeitig stagnierenden Budgets nicht mehr dazu in der Lage, ihren Nutzer*innen ein breites Zeitschriftenspektrum zur Verfügung zu stellen“, erläutert der Vorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV), Andreas Degkwitz. Manche Bibliotheken bestellten sie ab – mit

der Folge, dass sie für die übrigen noch teurer wurden.

Die Politologin Antje Wiener von der Uni Hamburg sieht die Entwicklung kritisch: „Die Gefahr, dass Wissenschaftler*innen, die sowieso schon benachteiligt sind, weiter diskriminiert werden, ist hoch.“ Ihnen fehle oft das Geld für Publikationen in renommierten Zeitschriften.

Der DBV-Vorsitzende Degkwitz hält es nicht für ausgeschlossen, dass die Verlage das Modell der Gewinn- und Umsatzmaximierung auf Open Access übertragen und deshalb die zu zahlenden Artikelgebühren für Artikelveröffentlichungen in Zeitschriften steigen.

Die Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) Hamburg hat auf dieses Problem bereits reagiert: „Wir haben als Bibliothek mit einigen Verlagen Rahmenverträge ausgehandelt, um den Autor*innen eine kostenfreie oder rabattierte Veröffentlichung zu ermöglichen“, sagt die Open-Access-Beauftragte der SUB Isabella Meinecke.

Der DBV-Vorsitzende Degkwitz fürchtet zudem, dass es zu einer ungleichen Verteilung der Finanzierungslasten kommt. Während Einrichtungen, die viel publizieren, fast die gesamten Kosten des neuen Modells tragen, würden diejenigen profitieren, die vorrangig lesen und selbst kaum veröffentlichen. Das könne zur Folge haben, dass Einrichtungen, die viel publizieren, aus dem Projekt aussteigen. „Für die Wissenschaft ist es aber enorm wichtig, dass forschungsstarke Universitäten dabei bleiben“, sagt Degkwitz.

Dabei hat das Open-Access-Modell durchaus Potenzial für die Forschung: „Die schnelle und ungehinderte Verbreitung von Wissen ist die Basis für Erkenntnisfortschritt in Wissenschaft und Forschung“, sagt der Bibliothekar Rafael Ball.

Dieter Scholz, Professor für Flugzeugentwurf an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft (HAW) Hamburg, sieht im Open-Access-Modell Vorteile für Wissenschaftler*innen: „Veröffentlichungen verbreiten sich deutlich schneller und weiter.“ Die Zitierhäufigkeit von Open Access-Veröffentlichungen sei weitaus höher als bei traditionellen „Closed-Access-Veröffentlichungen“.

Auch die Öffentlichkeit könne von dem neuen Modell profitieren, sagt die Politologin Wiener: „Wenn ein Großteil der Menschen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen Zugang hat und sie versteht – zum Beispiel durch vereinfachte Publikationen für Lai*innen –, steigt die öffentliche Teilhabe an der Forschung.“ Das führe zu einem breiteren Spektrum an Meinungen in der öffentlichen Debatte.

Open-Access-Webseiten wie in Hamburg ermöglichen allerdings Erstpublikationen, die keine Qualitätssicherung durch Verlage durchlaufen haben. Zudem verzichteten die Forschungseinrichtungen oft auf eine Vorauswahl der Publikationen, sagt Degkwitz. Personen, die nicht aus der Forschung kommen, könnten kaum erkennen, welchen Publikationen sie glauben können und welchen nicht.

leserInnenbriefe

Zwiespältig

„Millionen aus Berlin“, taz Hamburg vom 1. 12. 20

Die Analyse zu einer möglichen Wiedererrichtung der Bornplatz-Synagoge spannt einen zu kurzen Bogen. Schließlich entscheidet sich die Glaubwürdigkeit vor allem bei den Politikern, die jetzt wie Pilze aus dem Boden schießen, um sich öffentlichkeitswirksam hinter das Projekt zu stellen, auch darin, wie sie zum Tempel der früheren jüdischen liberalen Gemeinde in der Neustadt stehen, der seit Jahren in beschämender Art und Weise verfällt. Deshalb bleibt insbesondere das Engagement aus dem rot-grünen Senat etwas zwiespältig, zumal ebenfalls immer noch ein Antisemitismusbeauftragter in Hamburg fehlt, obwohl man hierfür auch ohne ein längeres Suchen einfach auf die Expertise des Institutes für die Geschichte der deutschen Juden zurückgreifen könnte, wo man schon seit langem zu diesem Thema forscht! Rasmus P. Helt, Hamburg

Nicht so integer

„Außer Spesen nix gewesen“, taz Hamburg vom 28. 11. 20

Privates als Dienstliches anzurechnen, ist doch ein Kavaliersdelikt. Jede Steuererklärung enthält solche Posten. Die hohen Steuersätze in Deutschland machen es ja erst attraktiv und menschlich erklärlich. Dass hier jemand mit den gleichen Tricks nicht die Steuer, sondern seinen Arbeitgeber beschummelt, ist vermutlich genauso wenig ungewöhnlich, aber schon deutlich krimineller. Schließlich senkt er nicht nur seine Steuern, sondern lässt sich alles steuerfrei erstatten. Die Einzige mit einem echten Problem ist wohl Frau Gallina, denn die scheint nun gar nicht so integer, wie sie sein müsste. Taztaz, taz.de



Unklug

„Wilhelmsburgs neue Mitte“, taz Hamburg vom 25. 11. 20

taz nord
Stresemannstraße 23
22769 Hamburg
briefe@taz-nord.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Ob es angesichts kommender Sturmfluten klug ist, direkt hinterm Deich zu bauen, wird sich noch erweisen. Fakt ist, dass vor annähernd 60 Jahren gut 200 Wilhelmsburger an gleicher Örtlichkeit ertranken oder vom Wasser erschlagen wurden. Wer unbedingt 350.000 Euro oder mehr für seine Bleibe investieren möchte, sollte höher als nur die 1. Etage ansetzen. Ramon Moreno, taz.de

nachrichten

Altonaer Geschäftsstelle der Grünen attackiert

Unbekannte haben die Geschäftsstelle der Grünen-Bezirksfraktion Altona aus mutmaßlich politischen Motiven angegriffen. Wie die Polizei mitteilte, haben ein oder mehrere Täter am frühen Samstagmorgen sechs Scheiben der Geschäftsstelle zerstört. Zeugen hatten in der Nähe des Tatorts zwei Radfahrer beobachtet. Ob sie mit der Tat in Verbindung stehen, ist noch unklar. (dpa)

Klabunde-Preis für Film über den Lockdown

Der Erich-Klabunde-Preis 2021 geht an die Dokumentarfilmer Christian von Brockhausen und Timo Großpietsch für die NDR-Produktion „Kontakt-sperre – Hamburg im Ausnahmezustand“. Der 30-minütige Film dokumentiert, in unaufgeregter Weise die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Einzelnen und die Gesellschaft“, teilte die Vorsitzende der Jury und des Deutschen Journalisten-Verbandes Hamburg, Marina Friedt, mit. Der

Preis honoriert sozial engagierten Journalismus. (dpa)

CDU fordert trotz Corona Rechtsauskunft

Die CDU in der Bürgerschaft fordert die Sozialbehörde auf, Bedürftigen gerade in Coronazeiten die Inanspruchnahme der Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) zu ermöglichen. Eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Andreas Grutzeck an den Senat hat ergeben, dass nach dem Lockdown im März noch immer die Hälfte der 19 ÖRA-Stellen in Hamburg geschlossen ist. (dpa)

Mehr Coronainfektionen als vor einer Woche

Die Zahl der nachgewiesenen Corona-Neuinfektionen in Hamburg ist bis Sonntag um 231 gestiegen. Das waren 116 weniger als am Vortag, aber 127 mehr als am Sonntag vor einer Woche. Die Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in den zurückliegenden sieben Tagen stieg nach Angaben der Gesundheitsbehörde auf 112,9. (dpa)